



Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Ercheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk. Anzeigenpreis die Spalte, Colonzelle für Arbeitsnachfrage 75 Pfg., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 Mk.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Fernruf 583. Schluß der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Zuschriften und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Aleinige Anzeigen-Aannahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 34.

Duisburg, den 24. August 1918.

19. Jahrgang.

Menschenökonomie

In welchem Umfange eine Verringerung der gesamten für die Produktion früher zur Verfügung stehenden menschlichen Arbeitskraft durch Tod und Beschädigung der Kriegsteilnehmer eingetreten ist, läßt sich heute noch nicht übersehen, da der Krieg noch nicht abgeschlossen ist. Daß aber der Verlust ein gewaltiger ist, bedarf keine Beweise. Unsere dringendste Aufgabe nach dem Kriege muß daher sein, diese menschliche Arbeitskraft nach Möglichkeit wieder herzustellen bzw. von neuem zu beschaffen, zumal diese Arbeitskraft in den meisten Fällen eine hochwertige, eine qualifizierte war und sich für uns die Notwendigkeit der Bereitstellung besonders qualifizierter Arbeitskräfte aus der Eigenart unserer ganzen Volkswirtschaft ergibt. Deutschland war vor dem Kriege ein Industrie- und Ausfuhrland ersten Ranges. Unsere Gesamtexport- und Ausfuhr betrug rund 22 Milliarden Mark pro Jahr. Die Eigenart unserer Volkswirtschaft bestand darin, daß wir Rohstoffe aus dem Auslande einführten, sie mit Hilfe einer hochentwickelten Industrie verarbeiteten und die Fertigware auf den Weltmarkt warfen. Nur so konnten wir unter 70-Millionen Volk ernähren. Nach dem Kriege wird unser Bestreben dahin gehen müssen, in unsere weltwirtschaftliche Position wieder hineinzurücken, so sehr wir uns auch bestreben mögen, in dem sich anbahnenden Mitteleuropa einen Ersatz für auf dem Weltmarkt für uns fortfallende Absatzgebiete zu suchen. Für alle diese Aufgaben bedürfen wir der Menschen, hoch- und vollwertiger Menschen.

Die Wiederherstellung eines solchen Menschengeschlechtes nach den Verheerungen des Krieges wird uns dadurch erschwert, daß der sich allgemein zeigende Geburtenrückgang als ein großes Hemmnis entgegensteht. Umso mehr müssen wir unser Augenmerk darauf richten und dementsprechend praktische Maßnahmen zu treffen suchen, die diesen ungünstigen Einflüssen entgegenzuwirken geeignet sind. Hierzu gehört alles, was zur Erhaltung der Lebenskraft und zur Verlängerung der Lebensdauer dient, insbesondere Erhaltung des Nachwuchses, geundheitlicher Schutz der Heranwachsenden, Bekämpfung der Berufs- und Volkskrankheiten, der Unfallgefahren, Hebung der sittlichen Kräfte in unserer Volkse. Was zum Leben erwacht ist, müssen wir mit allen Kräften am Leben zu erhalten und für den Kampf im Leben stark zu machen suchen. Kurzum: wir müssen Menschenökonomie treiben, mit menschlichen Kräften zu sparen, sie zur Abgabe immer höherer Leistungen zu befähigen suchen. Auf diese Weise ersetzen wir die Menschenverluste durch den Krieg, ermöglichen wir trotz höherer Löhne eine ungehinderte Produktion und verhindern wir eine unerwünschte und eventuell schädliche Konsumeinschränkung. Ein hervorragendes Mittel zum Zweck dieser Menschenökonomie ist auch die Berufswahl. Wir müssen aus menschenökonomischen Gründen noch mehr, als vor dem Kriege bereits geschehen ist, darauf hinarbeiten, die Menschen mehr ihrer natürlichen Beranlagung gemäß zu beschäftigen, sie dadurch mit höherem Arbeitswillen und gesteigerter Arbeitsfreude zu erfüllen. In der Zuführung in die richtigen, d. h. der körperlichen und geistigen Eigenart des Einzelnen entsprechenden Berufe sind noch große Steigerungen der Arbeitsleistungen des Einzelnen und der Gesamtleistungen der Volkswirtschaft zu finden und herauszuholen.

Oberstes Gesetz muß da sein: nicht mehr ungelernete Arbeiter, als zur Fortführung des Produktionsprozesses unter allen Umständen notwendig ist! Der ungelernete Beruf hat den scheinbaren Vorteil, daß er dem Ausübenden verhältnismäßig schnellen Verdienst und den Eltern einen erwünschten und in vielen Fällen auch recht notwendigen Zusatz zu den Erziehung- und Unterhaltungskosten der Kinder bringt. Umgekehrt aber sind die Nachteile, die später in die Erziehung treten. Die Warnung vor einem ungelerten Beruf ist umso notwendiger, als der Krieg offensichtlich dazu beigetragen hat, der ungelerten Arbeit Scharen von Jugendlichen zuzuführen. Das lehrt insbesondere die Entvölkerung des Handwerks an Beispielen. Hier hat der Nachwuchs reichend abgenommen. Im Bezirk der Berliner Handwerkskammer allein ist die Zahl der Lehrlinge von 45 000 vor dem Kriege bis Ende 1916 auf 7800 zurückgegangen. Durch das zurzeit verhältnismäßig höhere Lohnniveau auch der jugendlichen ungelerten Arbeiter - insbesondere in der Rüstungsindustrie - hat sich das Heer der ungelerten Arbeiter weit über den Durchschnitt der Friedensjahre hinaus vermehrt. Ob auch das Lohnniveau nach dem Kriege gleich hochbleiben wird, ist für zwei Hauptgründe. Alle Anzeichen weisen vielmehr darauf hin, daß sich nach dem Kriege ein Ueberangebot von ungelerten Arbeitern auf dem Arbeitsmarkt einstellen dürfte, infolgedessen der Lohn sinken wird. Durch eine frühzeitige und übermäßige Arbeitsausübung der jugendlichen Arbeiter ist zudem ihre körperliche und geistige Weiterentwicklung gehemmt. Beim ungelerten Beruf fehlt die Gelegenheit und Möglichkeit der Entfaltung, was ein verhältnismäßig rasches Schwinden der Körperkraft

zur Folge hat, und gerade aus diesem Grunde wird gewöhnlich der ungelernete Arbeiter viel früher durch den Nachwuchs vom Arbeitsmarkt verdrängt, als der richtig ausgebildete. Ein Berufswechsel im Sinne eines gelernten Berufes ist dann in vorgeschrittenen Jahren nicht mehr möglich. Die Folge ist eine Ueberlastung des Arbeitsmarktes mit rein proletarischen Existenzen, die an sich nicht zur Bereicherung, sondern nur zur Erziehung der Volkswirtschaft dienen, wofür sie als gelernte Arbeitskräfte bis in das höhere Lebensalter hinein ihre wertvollen Dienste hätten leisten können.

Unser Bestreben muß daher nach dem Kriege vor allem dahingehen, den gelernten Berufen die Arbeitskräfte schon von Jugend an zuzuführen. Dazu ist natürlich vor allen Dingen auf eine bessere Entlohnung notwendig, als jetzt vielfach für die Bekehrung anzutreffen ist. Vielleicht werden auch die künftige Entwicklung und die Kriegserfahrungen diesen Bemühungen günstig sein. Vor dem Kriege ging ein gewisser allgemeiner Drang nach der Richtung der Berufe der Festbesoldeten, der Beamten im öffentlichen und privaten Dienst. Wer eine einigermaßen feste Stelle hier gefunden, glaubte sich für alle Zeiten gegen die Wechsellage des Lebens gesichert zu haben. Der Krieg dürfte auch hier nach mancher Beziehung hin zu einem Wechsel der Anschauungen und Auffassungen geführt haben. Während es im Krieg den gelernten Arbeitern gelungen ist, ihr Einkommen den durch den Krieg in hohem Maße umgewandelten Lebensverhältnissen anzupassen, ist dies den Stelleninhabern im öffentlichen und privaten Beamtendienst in dem Maße nicht möglich gewesen. Gewiß ist von Staatswegen versucht worden, durch Kriegszulagen und Gehaltszuschüssen einen Ausgleich zu schaffen; aber in einem wünschenswerten Maße dürfte das wohl immer kaum der Fall gewesen sein. Nach dem Kriege besteht nun die Gefahr, daß der Festbesoldete, falls nicht ein wesentlicher Rückschlag in den Zukunftsverhältnissen eintreten sollte, hinter den freien gelernten Berufen in Industrie, Handel, Gewerbe, Landwirtschaft zurückbleiben wird, bezw. daß die letzteren immer mehr die Gelegenheit haben werden, Kosten der Lebenshaltung und Verdienstmöglichkeit mit einander in ein passendes Verhältnis zu bringen, während der Festbesoldete diesbezüglich mehr oder weniger einem starren System unterworfen bleibt. Es ist dies unter diesen Umständen höchst nachteilig, daß die gelernten Berufe nach dem Kriege einen höheren Anreiz bei der Berufswahl vor den besoldeten Berufen ausüben werden, als das vor dem Kriege der Fall war.

Welche einzelne Wege bei der Berufswahl, insbesondere auch mit Hilfe der Berufsberatung, einzuschlagen sind, das darzulegen würde hier zu weit führen. Festzuhalten ist aber eins: wie eine gute Berufswahl den Menschen in den passenden Lebensberuf hineinführt, so bedarf der Mensch auf dem weiteren Lebensweg eines sichereren Führers und Begleiters der Berufsorganisationsorgane seiner Standesvertretung. Und zwar umso mehr, je weniger vielleicht nach dem Kriege der einzelne bedeutet und an seine Stelle die Berufsgemeinschaft tritt. Mag hier der einzelne im Produktionsprozeß vielleicht dann auch zurücktreten, das Gebot der Menschenökonomie bleibt dann auch hier in keiner hollen Geltung und Tragweite bestehen.

Kriegslöhne der Metallarbeiterschaft in Selsenkirchen

Die Notwendigkeit statistischer Lohnerhebungen hat sich besonders in der Kriegszeit herausgestellt. Solche Lohnerhebungen sind in unserer Berufsorgan in einer ganzen Reihe von Artikeln dargelegt worden; sei es, um direkte Unwahrheiten und Ueberreibungen richtigzustellen, oder den berechtigten Forderungen der Rüstungsarbeiter Gehör zu verschaffen. Dann aber sind solche Erhebungen für die Arbeiterschaft selbst von größter Wichtigkeit. Sie vertiefen manchem selbst ihre Lage, machen sich ein faßliches Zeugnis über die Höhe der Verdienste durch das im Kriege so umfangreiche Ueberstundenwesen, den Nacht- und Sonntagsarbeiten, die über die reguläre Arbeitszeit hinaus gemacht werden. Nur die reinen Stundenverdienste lassen das Bild klar erkennen. Die großen Kriegsgewinne der Unternehmungen werden angeklammert, ohne daß es allen Arbeitern und Arbeiterinnen zum Bewußtsein kommt, daß diese erzeugt werden durch eine Tätigkeitsleistung, die zum Teil über die Verpflichtungen des Arbeitsvertrages hinausgeht. Wenn auch die Arbeitgeber und Arbeitnehmer einander gegenüber gleiche Interessen haben, so können sich für den Arbeitgeber diese Interessen nur dann verwirklichen, wenn die Verteilung des erworbenen Reingewinns in gerechter Weise erfolgt. Die Macht der Arbeitgeber beschränkt das Abfindungsrecht der Arbeitnehmer, weil letztere immer noch nicht verstehen wollen, in ihrer Gesamtheit

durch die Koalition eine gleiche Macht in ihren Reihen zu schaffen.

Die Zahlen solcher Erhebungen sprechen deshalb vornehmlich den Arbeitern eine deutliche Sprache. Diese auf den Arbeiterstand wirken zu lassen, ist notwendig. Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation muß unbedingte Folge sein.

Die Arbeiterschaft muß den Anregungen nach Lohnerhebungen die größte Folgschaft geben um so besser und reiner kommt die Wahrheit über die „hohen Kriegslöhne“ an das Tageslicht. Auch die Selsenkirchener Arbeiterschaft zeigt hier leider noch ein mangelndes Interesse. Verlehrte Einsicht und unbegründeter Argwohn lassen manchen noch zurückstehen, wenn es gilt, dem Stande einen Dienst zu tun und frommen aller zu erweisen.

Die nachstehenden Erhebungen erstrecken sich auf den Kreis unserer Mitglieder innerhalb der Stadt Selsenkirchen. Vorwurfsvoll werden jene unserer Mitglieder diese Darlegungen und Zahlen in sich aufnehmen müssen, die es aus irgend welchen nichtigen Gründen unterlassen haben, an diese Erhebungen im Monat April durch Nichtabgabe der diesbezüglichen Fragebogen keinen Anteil an dem Ergebnis zu haben.

Das vorliegende Material gibt ein ziemlich genaues Spiegelbild der Löhne in den einzelnen Tabellen wieder. Alle, die Gelegenheit hatten, sich in hiesigen Arbeiterkreisen zu bewegen und Einsicht in die Lohnverhältnisse haben, werden die Richtigkeit unserer Zahlen anerkennen. Wie überall, so sind es auch hier die Löhne der ungelerten, weiblichen und jugendlichen Arbeiter, welche angesichts der verteuerten Lebensweise nach Verbesserung verlangen.

Doch lassen wir nun die einzelnen Berufe und Löhne selbst sprechen:

Beruf	Durchschnittlicher Beschäftigter	%	Wohnort in Duisburg	Durchschnittlicher Lohn	Durchschnittlicher Lohn	Durchschnittlicher Lohn	Durchschnittlicher Lohn	Durchschnittlicher Lohn	Durchschnittlicher Lohn	Durchschnittlicher Lohn
Dreher	30	59	41	2	1,38	1,06	50	50	53	53
Echlosser	31	53	47	2	1,39	0,97	38	62	42	38
Klempner	42	100	—	1	1,08	—	33	67	—	—
Schmiede	35	76	24	2	1,16	1,02	42	58	83	75
Zuschläger	27	22	78	2	1,07	0,95	50	50	57	53
Wresler	28	100	—	1	0,82	—	33	67	—	—
Bohrer, Fräser, Hobler	36	77	23	2	1,14	1,15	45	55	33	67
Formner	36	74	26	3	1,37	0,85	60	40	36	64
Kornmacher	35	67	33	3	1,08	0,97	80	20	67	33
Gusspüher	56	77	23	3	1,03	0,88	35	65	50	50
Drachzieher	34	76	24	2	1,22	0,97	50	50	37	63
Div. Optenarbeiter	37	77	23	2	0,98	0,85	53	47	60	40
Verzink-, Glüh-, Beizer	38	72	28	3	1,01	0,95	35	65	67	33
Walzwerksarbeiter	37	75	25	3	1,16	0,95	46	54	50	50
Schmelzer, Schmelzer	39	100	—	5	1,38	—	63	37	—	—
Emallierer	42	100	—	3	0,92	—	75	25	—	—
Kranführer	41	87	13	3	0,87	0,83	46	54	50	50
Maschinenführer	41	100	—	3	0,80	—	43	57	—	—
Gießereiarbeiter	49	100	—	5	0,94	—	63	37	—	—
Div. Hilfsarbeiter	49	87	13	2	0,80	0,69	39	61	50	50
Drehlehrlinge	16	—	100	—	—	0,27	—	—	38	62
Schloßlehrlinge	15	—	100	—	—	0,28	—	—	47	53
Drachzieherlehrlinge	16	—	100	—	—	0,42	—	—	—	—
Formlehrlinge	17	—	100	—	—	0,36	—	—	88	12
Jugdl. Walzwerksarb.	16	—	100	—	—	0,33	—	—	43	57
Jugdl. Gießereiarb.	16	—	100	—	—	0,49	—	—	50	50
Jugdl. Hilfsarbeiter	18	—	100	—	—	0,38	—	—	52	48
Walzwerksarbeiterin	26	—	—	—	—	—	—	—	70	30
Gießereiarbeiterinnen	24	—	100	—	—	0,49	—	—	71	29
Maschinenarbeiterinnen	21	—	100	—	—	0,64	—	—	25	75
Kranführerinnen	21	—	100	—	—	0,49	—	—	50	50
Div. Hilfsarbeiterinnen	19	—	100	—	—	0,49	—	—	50	50

Zur Vervollständigung des Bildes soll nicht unterbleiben, diesen Löhnen der Metallarbeiterschaft die Reingewinne und Dividenden einzelner Werke in Selsenkirchen entgegen zu stellen.

Firma	Reingewinn in Mark	Dividende %		
	1916	1917	1916	1917
Selsenk. Bergw.-U.-G.	30978350	2864795	12	12
Selsenk. Stahl-Genossenschaft	3894023	5483088	25	25
S. Ruppertsbusch & Söhne U.-G.	146067	1943055	17	17
Waldschmidt-Werke U.-G.	782053	756680	20	20
Hermann-Franklin U.-G.	148997	175724	8	10
Stahlgewerkschaft U.-G.	—	1340354	—	16

Damit ist aufs Neue bewiesen, wo die „Kriegsgewinne“ auch in Selsenkirchen zu finden sind. Demgegenüber stehen

Die Firma Krupp in einer vorliegenden Bittschrift aus, daß bei ihr mehr als ausreichende Arbeit getan werden und vor einer Meißelung ihrer Arbeiter keine Rede sein könne. Die Verteilung der Gelsenkirchener Gußstahl- und Eisenwerke gegenüber ihrem Arbeiterausschuß sinngemäß, daß nicht alle Arbeiter, die im Wert von der Arbeiterchaft gemacht werden, notwendig sind, sondern man dieses gewähren läßt, um den Arbeitern Gelegenheit zu geben, ihre Verdienste zu steigern. Damit ist doch zugegeben, daß die Abgabe zum Lebensunterhalt nicht ausreicht. Andererseits liegt aber auch unnötige Spannungsmaßnahme der menschlichen Arbeitskraft vor, was höchst verwerflich ist, angesichts der knappen Ernährung. Allerdings hat die gleiche Werksleitung bei dem gleichen Anlaß erklärt, daß hinsichtlich der Entlohnung heute nicht allein die Leistung ausschlaggebend sein könne, sondern auch das, was der Arbeiter zum Leben gebrauche. Dem kann man nur voll und ganz zustimmen, aber vom Realstand ist die Gelsenkirchener Arbeiterschaft selbst bei Kriegslöhnen noch sehr weit entfernt.

Die Arbeiterchaft mag die Mahnung stets befolgen: „Sein eigenes Selbst darf niemand vernachlässigen.“

Gesundheitszustand der Industriearbeiter

Die schwierigen Ernährungsverhältnisse und die starke Anspannung aller Kräfte während der Kriegszeit haben recht nachhaltig zur Verschlechterung der gesundheitlichen Verhältnisse der Industriearbeiter beigetragen. Nachfolgend geben wir einige Zahlen aus dem Geschäftsbericht der Betriebskrankenkasse der Gutehoffnungshütte zu Oberhausen wieder. Bei diesem Werke ist eine außerordentliche Zunahme der Krankheitsfälle eingetreten. Das Vergleichsmaterial für 1915 und 1914 fehlt uns leider, aber auch so ergeben sich wertvolle Einblicke.

Insgesamt beschäftigt gewesen sind:

1917	30 386 Personen,	1916	18 955 Personen,
1913	20 668	1911	17 071

Die durchschnittliche Mitgliederzahl der Kasse betrug:

	männliche	weibliche
1917	13 617	3 618
1916	10 025	1 721
1913	12 456	
1912	12 240	
1911	11 833	
1910	10 826	

Es erkrankten:

	1917	1916	1913	1912	1911	1910
männliche	12 410	7 801	7 340	7 324	7 606	6 816
oder %	91,13	72,82	58,93	59,83	64,28	62,96
weibliche	5 017	1 960				
oder %	138,68	113,58				

Von den beschäftigt gewesenem Versicherten haben keinen Krankenstatus genommen:

	1917	1916	1913	1912
	36,37 %	55,05 %	68,99 %	66,63 %

Im Durchschnitt entfielen auf ein Mitglied:

	1917	1916	1913	1912	1911	1910
	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00

V. von der Einnahme 69,07 66,71 62,47 60,26 51,20 48,02
 E. v. d. reinen Ausg. 85,27 63,06 51,02 50,27 53,32 50,08

Die Gesamtzahlen stellen sich wie folgt:

	1917	1916	1913	1912	1911	1910
Januar Unfall erkrankten	2632	2183	2163	2153	2124	2093
Unfall-Krankheitsfälle	53860	38891	49755	44491	42072	39161
Krankentage pro Mitglied	20,53	17,81	20,23	20,66	19,81	18,71
Januar Unfall erkrankten	14795	7078	5172	5171	5482	4723
Krankentage	231784	85397	85539	87730	96219	83927
Krankentage pro Mitglied	15,68	12,49	16,33	16,96	17,55	17,77

Unter „Sonstige Mitteilungen“ heißt es im Bericht: Die Ausgaben sind durch Krankengeld und Krankenhauskosten erheblich gestiegen. An diesen höheren Ausgaben sind besonders die Belgier und die Arbeiterinnen, zum Teil auch die männlichen Arbeiter der Abteilung Sterkrade stark beteiligt.

Es mag richtig sein, daß die Kasse von den Belgiern früher in Anspruch genommen worden sein mag, als von den deutschen Arbeitern. Da aber die Belgier nur einen kleinen Prozentsatz der Belegschaft ausmachen, so lassen obige Zahlen doch auf eine starke Verschlechterung des Gesundheitszustandes der Arbeiter im allgemeinen schließen. Bemerkenswert ist, daß die Arbeiter der Abteilung Sterkrade unter einer sehr langen Arbeitszeit zu leiden haben. Für die weiblichen Arbeiter dieser Abteilung beträgt die wöchentliche Arbeitszeit über 60 Stunden. Es liegt unseres Erachtens durchaus im materiellen Interesse, wenn die Arbeiter angehalten werden, sich für eine Beschränkung der Arbeitszeit zu bemühen, eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit in möglicher Grenzen anzustreben. Die Arbeiter der Sterkrader Abteilung der G. H. H. haben allerdings aus Schlichtungsausschuß insofern wenig Verständnis in dieser Sache gefunden. Uns erscheint es zum mindesten zweifelhaft, ob durch Schlichtung, wie ihn der Hamburger Schlichtungsausschuß in der Frage der Arbeitszeinerhöhung sah, dem belandischen Interesse auf die Dauer gebiert sein kann. Ein verständiges Eingehen auf die Wünsche der Arbeiter dürfte nur billigerweise sein. Wir empfehlen den Bericht über die Sitzung des „Vereins der Arbeiter“ Nr. 201 vom 12. August 1918.

Der Schlichtungsausschuß für den Saarbezirk besetzt in Saarbrücken hat in der Sitzung des Arbeiterausschusses der Gutehoffnungshütte, 101. Straße, gegen die Gutehoffnungshütte wegen Verkürzung der Arbeitszeit am 12. August 1918 folgenden Bescheid ergangen:

Es mag zugegeben werden, daß die Verkürzung der Arbeitszeit in der Saarbrücker Industrie nicht nur ein großes Unrecht ist, sondern auch ein großes Unrecht ist, angesichts der Tatsache, daß die Arbeiter in der Saarbrücker Industrie unter einer sehr langen Arbeitszeit zu leiden haben. Für die weiblichen Arbeiter dieser Abteilung beträgt die wöchentliche Arbeitszeit über 60 Stunden. Es liegt unseres Erachtens durchaus im materiellen Interesse, wenn die Arbeiter angehalten werden, sich für eine Beschränkung der Arbeitszeit zu bemühen, eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit in möglicher Grenzen anzustreben. Die Arbeiter der Sterkrader Abteilung der G. H. H. haben allerdings aus Schlichtungsausschuß insofern wenig Verständnis in dieser Sache gefunden. Uns erscheint es zum mindesten zweifelhaft, ob durch Schlichtung, wie ihn der Hamburger Schlichtungsausschuß in der Frage der Arbeitszeinerhöhung sah, dem belandischen Interesse auf die Dauer gebiert sein kann. Ein verständiges Eingehen auf die Wünsche der Arbeiter dürfte nur billigerweise sein. Wir empfehlen den Bericht über die Sitzung des „Vereins der Arbeiter“ Nr. 201 vom 12. August 1918.

verständigen die Kampfkraft der Truppen beeinträchtigen und die Kampfführung in Gefahr bringen wird, zumal der in anderen Industriezweigen infolge Transportmangeln herbeizuführende erhebliche Mangelwert gemacht werden muß.

Andererseits haben zu der Frage eine den Arbeitervollständigen mehr Rechnung tragende Entscheidung gefällt. Wir warten den betreffenden Wortlaut der Entscheidung ab, bis wir zu obigem Spruch Stellung nehmen.

Die Arbeitszeitverkürzung in der rheinisch-westfälischen Großindustrie.

Die Bewegung zur Arbeitszeitverkürzung hat besonders im Gebiete der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie immer größeren Umfang angenommen. Die überlange Arbeitszeit sowie die schlechte Ernährung können eine Verkürzung freit mit dem Interesse der Vaterlandsverteidigung vereinbar ist, dringend notwendig erscheinen, wenn nicht schwerer Verlust an der Arbeitskraft weiter getrieben werden sollte. Die Krankheitsfälle (siehe Artikel Gesundheitsverhältnisse der Arbeiterschaft im rheinisch-westfälischen Industriegebiet in dieser Nr.) sind erschreckend in die Höhe gestiegen und es müssen unbedingt Maßnahmen ergriffen werden, um diesem Steigen Einhalt zu gebieten. Unter Berücksichtigung dieser Umstände beantragten die Arbeiterausschüsse auf fast allen Werken der rheinisch-westfälischen Großindustrie eine Verkürzung der bisher 60 stündigen Arbeitswoche auf 56 Stunden unter möglicher Freigabe des Samstagsnachmittag. Da die Betriebsleitungen sich zum Teil ablehnend verhielten, wurden die Schlichtungsausschüsse auf Veranlassung des Generalkommandos in Münster und des Kriegsamtes in Berlin angerufen.

Der Ausschuß in Mülheim a. Ruhr, bei dem die Arbeiter von Thyssen u. Co. vorstellig wurden, hielt am 26. Juli eine grundsätzliche Beratung über die Frage der Arbeitszeitverkürzung in Anwesenheit eines Vertreters der Kammer des Generalkommandos von Münster, einiger Vorstände der benachbarten Schlichtungsausschüsse, verschiedener Betriebsräte und Gewerberäte ab und erörterte insbesondere die etwaige Wirkung der Zeitverkürzung auf den Produktionsausfall. Man beschloß, Professor Dr. Kailash von der Technischen Hochschule in Aachen um ein sachkundiges Gutachten über die wirtschaftliche Wirkung der Arbeitszeitverkürzung auf den thyssen'schen Betrieb und über die volkswirtschaftlichen Folgen zu ersuchen.

Der Schlichtungsausschuß des Duisburger Industriebezirks hat in der gleichen Frage den Spruch gefällt, daß das Kupferwerkwerk Hedemann probeweise auf 6 Wochen die verkürzte Arbeitszeit durchzuführen soll. Die Arbeiter erhalten entsprechende Lohnzulagen von 6-12 Pfg. die Stunde für den durch die Arbeitszeiterhöhung etwa bedingten Lohnausfall. Setzen sich in dieser Zeit die an die verkürzte Arbeitszeit geknüpften Erwartungen nicht erfüllen, so ist beiden Teilen freigegeben, den Schlichtungsausschuß erneut anzurufen. Bei der Deutschen Maschinenfabrik in Duisburg ist ebenfalls am 3. August die gleiche Verkürzung der Arbeitszeit probeweise auf vier Wochen eingeführt. Eine entsprechende Erhöhung der Löhne tritt auch hier, mit Ausnahme der Motorarbeiter, ein. Bei Nichtbewährung soll zu weiterer Entschädigung auch hier der Schlichtungsausschuß angerufen werden können.

Zu ähnlichen Vereinbarungen ist es in der Viefel der Metallindustrie gekommen. Hier sollen die Arbeiter künftig Sonnabends bis spätestens 1 Uhr 15 Minuten arbeiten; die Arbeitszeit beträgt wöchentlich 54 Stunden. Unter der Verkürzung soll jedoch die Produktion keinen Ausfall erleiden. Sollte das der Fall sein, so soll in neuen Verhandlungen eine längere Arbeitszeit vereinbart werden. Entsprechend der Verkürzung der Arbeitszeit findet eine Lohnerhöhung von 2,5-3 p. H. auf die Stundenlöhne der Lohnarbeiter statt.

In Remscheid einigten sich die Arbeitgeber und Arbeitervertreter in gemeinschaftlicher Sitzung unter Leitung des Oberbürgermeisters Dr. Hartmann im Beisein eines Vertreters des Generalkommandos Münster über eine 7- bis 8prozentige Herabsetzung der Arbeitszeit bis auf durchschnittlich 54 Stunden die Woche unter gleichzeitiger Verdienstaussgleich. Auch in Solingen sind gleichzielende Bestrebungen im Gange. Das Resultat der Verhandlungen ist die 54stündige Arbeitszeit ab 19. August. Der entstehende Lohnausfall wird erzieht.

Der Schlichtungsausschuß in Essen, der am 7. August unter Vorsitz des Weingartenen Rath im Beisein von Vertretern der Kriegsamtsstellen Berlin, Münster und Düsseldorf tagte, hat die Forderung des Arbeiterausschusses der Firma Krupp auf Freigabe des Samstagsnachmittags in einem Schlichtungsausschuß mit der Begründung abgelehnt, die geforderte Arbeitszeinerhöhung würde zurzeit einen erheblichen Erzeugungsausfall bewirken, den die Herabsetzung als unentgeltlich bezeichnet. Sofort nach dem Wegfall der Kriegsnotwendigkeiten sollte aber eine wohlwollende Neuregelung der Arbeitszeit erwogen werden. Die Arbeiterschaft hat sich dagegen Schiedsgericht alsbald unterworfen.

Schließlich wie in Rheinland-Westfalen fordern auch die Arbeiter in Sachsen, zumal die erwerbenden Frauen und Mädchen, eine Verkürzung der Fabrikarbeit durch Freigabe des Samstagsnachmittags. Die Unternehmer erwiderten, daß die sächsischen Industriebetriebe, die vor dem Kriege durchschnittlich 58 bis 60 Stunden in der Woche arbeiteten, heute längst nur noch 52 bis 54 Stunden Arbeitszeit hätten, also bereits den Zustand aufwiesen, der in der rheinisch-westfälischen Industrie angestrebt werde.

Die ganze Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit ist im Fluß und wird sich auf die Dauer nicht aufhalten lassen. Besonders für das Gebiet der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie wird man im Interesse der Kampfkraft der Arbeiterschaft nicht an einer Verkürzung der Arbeitszeit vorbeistimmen. Soll das durchgeführt werden, dann muß die Arbeiterschaft geschlossen hinter der Organisation stehen. Nur dann läßt sich das Notwendige für sie erreichen.

Selbst Agitationsmittel

Es ist des öfteren worden an dieser Stelle Beispiele angeführt, mit welcher nervtätigen Kämpfe, um Standpunkt zu behaupten, Arbeiter betrogen, gelbe Seitenblätter eingepreßt werden. Häufig wieder die Schlichtungsausschüsse unter den

Zugmitteln der gelben Vereine eine große Rolle. Heute scheint man sich insoweit der Kriegslage angepaßt zu haben, als Freizeiterlass als Nothmittel gute Dienste tun soll. Nachfolgende Einladung läßt darauf schließen:

Gültig als Einlaßausweis.
 Weinhäuser, den 27. 7. 1918.
 Herrn R. M.
 Hiermit laden wir Sie mit Ihren wertigen Angehörigen zu dem am Sonntag, den 4. August 1918, nachmittags 4 Uhr stattfindenden
 Konzert
 in der Krupp'schen Bierhalle Hohenmerich ergebenst ein. Musik von der verstärkten Krupp'schen Werkkapelle; bei günstigem Wetter im Garten.
 Eintritt ist frei, außerdem wird Freibier verabreicht.
 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet
 Eisenbahn-Verein
 der Krupp'schen Friedrich-Alfred-Hütte
 Rheinhausen (Niederrhein).
 Der Vorstand.

Für Besichtigung und Bewirtung der Mitglieder und ihrer Angehörigen, Kinder und Frauen bei Festlichkeiten hat der Verein im letzten Jahre laut Bericht 4767,43 Mark verausgabt.

Ehrenvorsitzender des Vereins ist Herr Betriebsdirektor Schloster. Den Vorsitz führt Betriebsführer Blau. Die Arbeiter des Eisenbahnbetriebes sind in der Hauptsache nur als Beisitzer im Vorstand vertreten.

Solche Vereine wollen denn als ernsthafte Arbeiterorganisationen angesprochen werden und gebarden sich in der Öffentlichkeit und den Behörden gegenüber als solche.

Wir können es der denkenden Arbeiterschaft ruhig überlassen, sich selber ein Urteil über den Wert solcher Werkeinrichtungen zu bilden. Zu bedauern ist nur, daß sich immer noch Arbeiter finden, die diesem Elmpfehlung zum Opfer fallen und dadurch die Interessen ihres eigenen Standes aufs schwerste schädigen.

Die Arbeiter der Friedrich-Alfred-Hütte haben doch Gelegenheit genug, zu beobachten, daß nur durch Anjährling an die gewerkschaftliche Organisation, den christlichen Metallarbeiterverband wirtschaftliche Vorteile zu erreichen sind. Ge-

Zur Generalversammlung

In Nr. 32 unseres Verbandsorgans finde ich die Anträge, die von den Ortsgruppen zum Verbandstage gestellt worden. Hierzu seien mir einige Worte gestattet.

Wir ist es aufgefallen, daß die Zahl der auf Wiedereinführung des Par. 9 des Statuts abzielenden Anträge doppelt so groß ist, als die der Anträge auf Erhöhung der Beiträge. Dieser Umstand wirft die Frage auf: Was ist notwendig?

Der Wiedereinführung der vollen Krankenunterstützung kann ich nur negative Notwendigkeit zugestehen; unbedingt nötig ist sie nicht. In der reichsgesetzlichen Krankenversicherung hat das Krankengeld in diesem Jahre eine beträchtliche Erhöhung erfahren. Eine wesentliche Besserung des Einkommens in Krankheitsfällen wird durch Zahlung der vollen Unterstützung aus der Verbandskasse nicht erreicht. Im Hinblick auf gegnerische Verbände mag aber die Herstellung des Friedenszustandes geboten erscheinen, mindestens mit der Klausel: ... nach dem 7. Tage.

Unbedingt notwendig ist aber eine Erhöhung der Beiträge. Wie ich in fast jeder Nummer unseres Verbandsorgans im letzten halben Jahre gesehen habe, hat eine stattliche Zahl Ortsgruppen die Beiträge aus freier Entschiedenheit erhöht. Viele sind aber diesem Beispiele nicht gefolgt. Bei diesen besteht noch der status quo ante, der abgeschafft werden muß. Parole muß sein: 15-20 Pfg. mehr Beitrag.

Weitblickende Kollegen wünschen längst, daß die Beiträge erhöht werden, um eine wesentliche Stärkung unseres Geldfonds zu erreichen. Wir lesen, daß die Unternehmer ihre Kassen stärken; ferner, daß sie sich mit dem Gedanken tragen, die Löhne abzubauen!

Von einem Abbau kann aber in absehbarer Zeit keine Rede sein. Wir haben uns schon mit dem Gedanken abgefunden, daß bei Friedensschluß der gewerkschaftliche Kampf wieder beginnen wird, wenn die Unternehmer uns bekämpfen wollen. Es ist notwendig, daß die Beiträge eine wesentliche Erhöhung erfahren. Daß höhere Beiträge geleistet werden können, darüber werden wohl alle Kollegen einig sein.

Als ein Kuriosum erscheint mir der Antrag 3 der Ortsgruppe Schweidnitz. Dem Kollegen, der Veranlassung zu diesem Antrag gegeben hat, kann ich nur sagen: „Ein Finanzgenie bist Du nicht!“ Ich zwar auch nicht; aber jenseitig muß man doch wissen, daß eine Invalidenversicherung nicht zu den gewerkschaftlichen Aufgaben gehört. Ich konnte mich noch damit einverstanden erklären, wenn die Krankenunterstützung dafür ganz wegfiel. Notwendig ist eine Invalidenversicherung im Rahmen unseres Verbandes jedoch nicht. Notwendig ist der straffe Zusammenschluß aller verfügbaren Kräfte in unserem Verbandsverband. Dazu gehört, daß wir uns einen Geldfond schaffen, der auch den größten Anforderungen gerecht wird. Nicht Zersplitterung durch Einrichtung möglichst vieler Unterklassenkassen, die doch nur über vorübergehende Nothfälle hinweghelfen, sondern Sammlung der Geldmittel in einer Kasse, durch welche wir eine dauernde Verbesserung unserer Lebensbedingungen erreichen, das ist notwendig!
 R. B. Hantel.

Die Anträge zur Generalversammlung liegen vor. Leider ist die Zahl derer, die für die Erhöhung der Beiträge stimmen, kleiner, als die Zahl jener, die alle möglichen Wünsche auf dem Herzen haben. Unser Verband wird eine Erhöhung des Beitrages unbedingt vornehmen müssen. Nicht nur weil alles Bewaltungsmaterial bedeutend im Preise gestiegen ist, sondern wegen der nach dem Kriege der Arbeiterschaft bevorstehenden Kämpfe. Dem Beobachter der Vorgänge im Arbeiterlager ist es längst eine Tatsache, daß man alle

vorliegen, kann durch den Arbeiterausschuss die Vorlage erfolgen. Berechtigte Beschwerden sollen abgestellt werden.

Die endgültige Feststellung des vorstehenden Ergebnisses erfolgte mit der letzten Verhandlung am 26. Juli über die Einstellungslohne. Berücksichtigt man die Tatsache, daß bei vielen Unternehmern noch eine sehr große Scheu gegen Einstellungslohne besteht, so kann das Gesamtergebnis als ein wesentlicher Erfolg gebucht werden. Ein Teil der Arbeiterschaft hat die Pflicht zum Anschluß an den Verband noch nicht anerkannt. Auch für die Zukunft ist es von größter Bedeutung, daß dieses Verstummen nachgeholt wird. Der Erfolg hängt sehr wesentlich hier von ab.

Solingen. Am 21. Juli fand in Solingen eine sehr zahlreich besuchte Versammlung der Arbeiterausschüsse und Lebensmittellkommissionen des Solinger und Remscheid-Industriebezirk statt, zwecks Stellungnahme zur Frage der Arbeitszeitverkürzung. Die königliche Regierung zu Düsseldorf hatte zwei Vertreter zu der Versammlung entsandt. Außerdem waren anwesend der Oberbürgermeister von Solingen und der Landrat von Opladen. Von der Stadt Remscheid nahm ein Beigeordneter als Vertreter des Oberbürgermeisters an der Versammlung teil.

Rapp vom Deutschen Metallarbeiterverband wies in längeren Ausführungen auf die Schwierigkeiten der Volksernährung hin und betonte, daß durch die mangelhafte Zufuhr von Lebensmitteln die Produktionsfähigkeit der Arbeiterschaft stark gesunken habe. Da eine wesentliche Besserung in der Lebensmittelversorgung kaum zu erwarten ist, sei die Arbeiterschaft wiederholt an die Arbeiterausschüsse heranzutreten und habe eine Verkürzung der Arbeitszeit gefordert. Aufgabe der Versammlung sei es, einen diesbezüglichen Beschluß herbeizuführen.

Schöberl vom Christlichen Metallarbeiterverband wies im Eingangs auf die Geschäftsabläufe der Krankenkassen hin, und auf die Krankheits-, Unfall- und Sterbestatistiken gegenüber den Friedensjahren. Durch die Kriegsverhältnisse sei nicht nur ein Stillstand in der Arbeiterschutzgesetzgebung eingetreten, sondern noch ein Rückschritt zu verzeichnen. Es bleibe daher der Arbeiterschaft nichts anderes übrig, als eine Verkürzung der Arbeitszeit anzustreben, damit die Arbeiterschaft leistungsfähig erhalten bleibe. In der Diskussion sprach man sich in demselben Sinne aus. Es wurde beschlossen, im ganzen Reich eine fünfjährige Arbeitszeit mit Lohnausgleich zu fordern. Diese Forderung sollte durch die Organisationen an die Unternehmer gestellt werden.

Weiter warteten die Arbeiter von Remscheid die Einbringung der aufgestellten Forderungen nicht ab, sondern setzten am Montag, den 23. Juli in fast allen Remscheid-Industriebetrieben die Arbeit nieder. Der Oberbürgermeister von Remscheid bemühte sich, eine Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitern herbeizuführen. Die Arbeitgeber erklärten sich auch bereits am Dienstag, den 23. bereit mit den Ausschüssen über die Frage der Arbeitszeitverkürzung zu verhandeln. So wurde denn erfreulicherweise am Mittwoch die Arbeit wieder aufgenommen. Am demselben Tage verhandelten die Unternehmer mit den Arbeiterausschüssen und es wurden im allgemeinen folgende Resultate erzielt:

Die Arbeitszeit wird allgemein um 7-8 Prozent herabgesetzt, aber nicht unter 52 1/2 Stunden pro Woche. Ferner wird den Arbeitern für die verkürzte Arbeitszeit ein Lohnausgleich gewährt. Auch den Altkadern. Außerdem bewilligen die größeren Firmen noch Zulagen von 1,00 Mark pro Tag. Am Donnerstag kam es in der „Berg- und Stahlindustrie“ nochmals vorübergehend zur Arbeitseinstellung. Diese Differenzen wurden durch Verhandlung auf dem Rathaus im Beisein von Vertretern des Generalkommandos erledigt. Das günstige Resultat der Verhandlungen konnte dadurch erzielt werden, daß die Vertreter aller Organisationen sich der Arbeiter angenommen haben. Die Arbeiterschaft von Remscheid läßt sich noch alljährlich von unvernünftigen radikalen Schreibern verleiten, die sie nachher eifrig im Stiche lassen. Viele Arbeiter haben das bereits eingesehen und sich dem christlichen Metallarbeiterverband angeschlossen. Das erste Tausend Mitglieder im Remscheid-Bezirk ist schon überschritten. Hoffentlich läßt das zweite Tausend nicht lange auf sich warten.

Würgburg-Zell. In unserem herrlich gelegenen Heimort könnte der Fremde den Eindruck gewinnen, hier ist alles in bester Ordnung. Soweit Landwirte, Geschäftskreise usw. in Frage kommen, mag dies zutreffen, anders sieht es bei der Arbeiterschaft. In Würgburg selbst werden heute mitunter noch Löhne gezahlt, die jeder Beschäftigte in einem anderen Arbeiter (daran ist auch gelernt) werden noch mit 4-5 Mark Tagesverdienst nachhause geschickt. Besetzung mit einer Wochenvergütung von 30 Pfg. bis 3 Mk. und keine Seltenheiten. Der Umstand, daß der größere Teil der Arbeiterschaft noch auf dem Lande wohnt, hat den Organisationsgedanken immer wieder erfrischt und die Arbeitgeber konnten schalten und walten, wie sie wollten.

Erst der Krieg hat einen Teil der Arbeiterschaft durch die Not angereizt. Besonders bei der Firma König und Bauer in Zell haben die Verhältnisse im letzten Jahre Verhandlungen durchgemacht, die jedem Arbeiter deutlich zeigen, was innere Geschäftstheorie vermag. Die Firma verzichtet schnelllebig (s. Bl. auch Kriegsbearbeitung) und ist, was Ernährung angeht, ein moderner Betrieb. Anders stand es es mit den Lohnverhältnissen. Die Löhne waren bis vor kurzem schlecht mitunter sehr schlecht. Durch alle möglichen Wohlstandseinrichtungen hat sich die Arbeiterschaft hängen lassen und jahrzehntelang jede Interessensvertretung abgelehnt. Diese Gleichgültigkeit und Apathie mußte die Arbeiterschaft teuer bezahlen in Form von geringen Löhnen und erst die bittere Not, hervorgerufen durch die Preis wachsende Teuerung brachte die Kollegenschaft zum Aufbruch und zur Organisation. Nachdem sich ein größerer Teil organisiert hatte, war es auch möglich, eine Reihe von Mißständen zu beseitigen. Obwohl die Firma nichts unterläßt, die Löhne niedrig zu halten, mußten die berechtigten Wünsche der Arbeiter letzten Endes doch berücksichtigt werden.

Eine Lohnbewegung, die nicht weniger als acht Monate in Anspruch nahm, wurde Ende Juni d. J. zu Ende geführt. Die Arbeiterschaft forderte im November 1917 eine Zulage von 20 Prozent und eine Vergütung für die Nachtarbeit von 15 Prozent. Die Firma lehnte jede Lohnbewegung ab, und so mußte sich im Januar d. J. der Schlichtungsausschuß in Würgburg damit befassen. Der Schlichter sprach ein Schlichtungsgutachten aus, das die Arbeiterschaft zum Teil und erzwang die Forderung ab

berichtigt an. Trotzdem gewährte die Firma die Lohnaufbesserung nicht. Die Firma begründete ihren ablehnenden Standpunkt damit, daß ihre Arbeiter billiger leben könnten, wie anderswo. Durch Anschlag wurde die Arbeiterschaft erfaßt, von dem Recht den Abfertigung zu verlangen, keinen Gebrauch zu machen. Daraufhin wurde von den Arbeitern durch die Organisationen das bayerische Kriegsministerium (Kriegsamt) als Vermittlungsinstitut angerufen. Die Verhandlungen dort brachten vollen Erfolg. Die gestellten Forderungen waren durch die insinigen weiterreichende Teuerung überholt und wurden dementsprechend revidiert. Die Verhandlungen fanden am 19. Juni statt und brachten folgendes Ergebnis:

1. Für alle Arbeiter, die im Stundenlohn oder Akkorlohn beschäftigt sind, wird der für sie gegenwärtig bestehende Stundenlohn um 25 Prozent erhöht. Soweit bisher mehr Arbeitsstunden bezahlt wurden, als geleistet worden sind, hat es hierbei kein Bewenden.

2. Für Nacht- und Schichtarbeiter wird ein Zuschlag in Höhe von 30 Prozent des Stundenlohnes an alle Arbeiter, die im Stundenlohn oder Akkorlohn arbeiten, bezahlt. Die Nachtschicht beginnt um 8 Uhr nachmittags.

3. Die Firma verpflichtet sich, die Akkorlohnätze einer Nachprüfung zu unterziehen und, sofern sich hierbei mit vorstehender Lohnvereinbarung Unstimmigkeiten ergeben, diese angemessen auszugleichen.

Diese Lohnvereinbarung tritt ab 1. Juni in Kraft und bleibt bis Dezember dieses Jahres bestehen.

Außerdem hat die Firma erklärt in Zukunft mit den Vertretern der Organisationen zu verhandeln. Der Ausgang der Lohnbewegung hat der Arbeiterschaft zweifellos einen schönen Erfolg gebracht. Die letzte Erklärung der Firma zeigt, daß sie begriffen hat, daß auch wir Arbeiter Menschen sind, mit denen man verhandeln und reden kann. Wir begrüßen es, wenn die Firma Wort hält und werden bestrebt sein, bei allen Gelegenheiten den Grundsatz zu wahren: „Leben und leben lassen!“

Mag die Arbeiterschaft nun daraus die richtigen Konsequenzen ziehen und sich reiflos dem christl. Metallarbeiterverbande anschließen. Die Arbeiterschaft der Firma König und Bauer steht fast reiflos auf christlichem Standpunkt und kann ihre Vertretung nur im christlichen Metallarbeiterverband suchen und finden.

Für unsere Kollegen und Kolleginnen bei der Firma König und Bauer gilt dies ganz besonders beachtet zu werden. Es gibt Leute unter uns Arbeitern, die es als ihre Hauptaufgabe betrachten, die „Christlichen“ bei jeder Gelegenheit zu demütigen. Diese traurigen Elemente mögen sich gezeigt sein lassen, daß die „Christlichen“ sich energisch gegen diese Gezeiten zur Wehr setzen. Wir haben Interesse daran, daß sich die Arbeiterschaft in wirtschaftlichen Dingen einig ist und bleibt und wollen vorerst nicht deutlicher werden. Unsere Kollegenschaft kann die beste Antwort damit geben, wenn wir sorgen, daß der letzte unserer Gefinnungsfeinde auch Mitglied unseres christlichen Metallarbeiterverbandes wird.

Versammlungs-Kalender und Bekanntmachungen.

Samstag, den 24. August 1918:

Dg. Oberriederich. 8 Uhr bei Dirkes Vertrauensmänner-Sitzung.
Vorkmann-Höde. Abends 8,30 Uhr im Lokal Stolze, Hindenburg-Straße.

Sonntag, den 25. August 1918:

Vorkmann-Höde. 11 Uhr bei Sam. Thunelbestraße.
Vorkmann-Höde. 10 Uhr bei Wöllmann, Vorkstr.
Vorkmann-Höde. (Zugende.) 1 Uhr bei Stolze, Hindenburgstr.
Friemersheim. 6 Uhr bei Rud. Familienabend.
Dg. Gohfeld. 5 Uhr bei Konrad, Hochfeldstr.
Dg. Hildersheim. 5 Uhr bei Herm. Wisnahl, Braustr., für alle Mitglieder und deren Angehörige.
Hilfersheim. 5,30 Uhr bei Kochmann mit Vortrag des Kollegen Steppert.

Dg. Krodorf. 5 Uhr bei Schreier, Dillstraße, Bericht, Vortrag des Koll. Schmitt über Vieber und Geschäftliches.

Hilfersheim. 4 Uhr bei Ebersloh.

Hilfersheim. 10,30 Uhr bei Dickmann.

Dg. Hildersheim. 11 Uhr bei Koffke, Fildersstr.

Hilfersheim. 11 Uhr bei Bliu, Dillfelderstr.

Hilfersheim. 11 Uhr bei Bangers, Gräulingstr. 18.

Hilfersheim. 11 Uhr bei Reuter, Kärtenstr.

Hilfersheim. 7 Uhr bei Schöler, Oberertheimerstr. 3.

Hilfersheim. 11 Uhr bei Schöler, Frankenstr.

Hilfersheim. 11 Uhr bei Singenauer.

Hilfersheim. 11 Uhr bei Wegener.

Hilfersheim. 11 Uhr bei Kaiser.

Hilfersheim. 11 Uhr bei Kuchardt.

Hilfersheim. 11 Uhr bei Schmidt.

Hilfersheim. 11 Uhr bei Koll. Wilhelm.

Hilfersheim. 5 Uhr bei Tappe, Höger, 36.

Dg. Oberriederich. 4 Uhr bei Dirkes, „Zum Schloßhof“.

Hilfersheim. Freitag nach dem Wein-Ferne-Kanal, Treffpunkt 2 Uhr nachmittags bei Woll. Altdorfer Str. 299.

Hilfersheim. Abends 7 Uhr bei Dönges, Wäminghaus-Straße, Mitgliederversammlung.

Hilfersheim. Sonn. 11 Uhr, bei Schöler, Frankenstraße, Mitgliederversammlung.

Hilfersheim. Morgens 11 Uhr, bei Baumüller, Mitgliederversammlung.

Hilfersheim. Sonn. 10 Uhr findet im Lokale Cordes, Kölner Straße 84, außerordentliche Generalversammlung der Dg. Oberriederich statt.

Hilfersheim. Morgens 10,30 Uhr bei Koll. Schöler, Breuerstr. 14.

Hilfersheim. Abends 6 Uhr Familienabend bei Witte Hubert Dillig in Hilfersheim.

Mittwoch, den 28. August 1918:

Hilfersheim. Abends gleich nach Feierabend bei Kuchardt, Bannertstraße, Betriebs-Mitglieder-Versammlung.

Donnerstag, den 29. August 1918:

Hilfersheim. Abends gleich nach Feierabend bei Kaiser, Hildersheimstr., Betriebs-Mitglieder-Versammlung.

Freitag, den 1. September:

Hilfersheim. Morgens 3,30 Uhr im „Lorenzhaus“, Schölerstr. 39.

Hilfersheim. Christlich-nationaler Landtag, verbunden mit 15jähr. Betriebsfeier in Hilfersheim. Sonn.: Seelandsdorf.

Koll. Vieber und Reichstagsabg. Franz Behrens. Außer dem ist für ein geliebtes Unterhaltungsprogramm gesorgt.

Samm-Berge. Nachm. 4 Uhr bei Fischer Versammlung mit Unterhaltungsabend.

Hilfersheim. 11 Uhr bei Wirt Theizen, Bahnstr. 243 zwecks Gründung einer Zählstelle.

Oberhausen-West. 4 Uhr Vertrauensmänner-Sitzung und 5 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Treuthammer.

Freitag, den 6. September 1918:

Menden. Abends 8,30 Uhr im Lokale Köllmann (Hauptstr.), Jugendversammlung mit Vortrag über „Die konfessionellen Jugendvereine und die christl. Gewerkschaften“.

Geldgänge bei der Hauptkasse im Juli.

Dinklage	150,—	Rastatt	120,39
Geislingen	700,—	Stalberg	84,50
Borsheim	500,—	Lippstadt	633 01
Wasseralfingen	203,25	Bocholt	57 31
Laucherthal	300,—	Lörrach	79,53
Neustadt	939,95	Bremen	199,23
Verbach	9,30	Münster	4280 28
Ramsen	45,65	Krunkental	182,41
Neuwied	100,—	Hörselaben	33,57
Horheim	200,—	Sarsfeld	25,96
Merlenbach	236,23	Böhrenbach	115,74
Eutlingen	635,99	Dreslau	208,48
Rottenburg	101,35	Dingelstädt	52,87
Willingen	330,72	Isselburg	835,84
Meißen	23,15	Saulgau	84,70
Östl	5000,—	Rogheim	103,80
Lübeck	149,58	Bergen	27,82
Bielefeld	350,—	Danzig	783 32
Reichenstein	25,95	Bochum	9675,83
Galle	14,42	Katowitz	2:85,30
Remningen	633,93	Bonn	6:30 93
Hilfersheim	313,82	Dülken	9,—
Hilfersheim	2000,—	Dortmund	2898,53
Peantiz	202,90	Altötting	782 56
Erfurt	52,65	Östl	1594,93
Marientburg	181,93	Mühlhausen i. G.	24,93
Vacht	1350,—	Nekarsulm	428,35
Neuwied	1500,—	Berlin	406 13
Bielefeld	200,—	Hagen	8132 17
Lauterbach	95,40	Furtwangen	281,25
Ulm	1000,—	Riel	5 14,06
Junkerath	122,03	Borsheim	69,30
Meiße	268,52	Mühlhausen i. Th.	59,01
Mannheim	1000,—	Gmünd	83,20
Straubing	195,80	Wasseralfingen	1000,—
Belsenkirchgen	2183,61	Alsberg	483,69
Münster	544,55	Alme	50,74
Radolfzell	48,15	Bromberg	634 67
Gene	27,60	Neuwied	88,57
Konstanz	583,06	Dipe	922,08
Lauchertal	107,57	Marckheim	331,52
Köhl	314,08	Amberg	524,53
Hannover	81,91	Oberndorf	849,08
Bremerhaven	352,—	Lörrach	100,—
Hilbersheim	36,30	Lauchertal	500,—
Braunschweig	109,64	Schuffried	124,72
Marktredwitz	157,41	Wallau	108,7
Stettin	105 6	Chemnitz	088,—
Eisenach	194,67	Duderstadt	102,12
Regensburg	73,6	Zugsburg	397,85
Donaueschingen	575,85	Bielefeld	23,—
Geislingen	104,42	Dggersheim	173,57
Steinbach	67,16	Delbe	187,73
Drederar	6000,—	Ober	230,46
Samm	400,—	Weingarten	627,77
Bielefeld	631,31	Essen	29315 22
Ingollstadt	265,16	Offenbach	172,75
Gottmadingen	5,—	Bielefeld	350,—
Niederfeldersülte	33,60	Werdohl	3304,01
Trüben	162 13	Bieberach	130 15
Schramberg	711,16	Mainz	127,48
Schweinfurt	471,94	Oberrieth	267,65
Dijelbort	1800,—	Malen	200,—
M. Gladbach	20,80	Osnabrück	5735 61
Dresden	432,40	Solingen	3988,19
Güterbach		Verbach	5,15

„Das Gewinde“

2. ergänzte Auflage. Ein unentbehrliches Handbuch für Dreher, Mechaniker und dergl. Enthält rund 7500 berechnete Radersätze für rund 7750 Gewinde. Leichtverständlichste Lehrbuch für den Arbeiter zum Gewindeschneiden, Konischdrehen, Gradstellung, Umdrehungsgeschwindigkeit und dergl. Zu beziehen von Wilhelm Schuler, Augsburg, Imhofstr. 79. Preis 5,25 Mk. per Nachnahme 30 Pfg. mehr. (Postcheckkonto Nr. 9339 München.)

Unentbehrlich für jeden Dreher ist die

Verhältnistabelle

Dieselbe ermöglicht die Berechnung eines jeden Gewindes ohne 127er Rad an jeder Leispindel-Drehbank. Neu verbesserte und vermehrte Auflage. Preis 2—Mk.

Zu beziehen durch den Verfasser
Friedr. Fuchs, Essen-West,
 Berlinerstraße 157.

Auch zu beziehen durch die Geschäftsstelle des christl. Metallarbeiterverbandes Essen (Ruhr) Limbeckerplatz 26.

Der moderne Metallarbeiter

Kolger für Dreher, Schloffer und Maschinenbauer, 4. Aufl. 348 Seiten, geb., 135 Abbild. Von Otto Schwam. Dieses Werk zeigt jeden Metallarbeiter in den Stand, schnell und sicher die vorkommenden Berechnungen der Räder an Drehbänken zum Gewindeschneiden vornehmen zu können. Es enthält ferner Festigkeitstabelle, Stahl und seine Verwendung, Berechnungen der Tourenzahl, um leicht zu brechen, Umrechnung von Zoll in Millimeter, Tabellen der Kreisumfang, Berechnung, Flächen-, Mantel-, Kubinhalt u. Gewichts Berechnung, Schrauben- und Gewindeabmaßen, Fräsen von Zahnrädern, Kurven und Spiralen, Bestimmung der Pferdestärken und vieles andere Wissenswertes. Das Werk ist in einfacher, klarer Weise von einem Kollegen geschrieben und daher bestens zu empfehlen. Gegen Einsendung von 5,20 Mk. oder Nachn. 5,50 Mk. Edm. Herrmann, Abt. 34, Berlin, Friedrichstr. 51, Postfach 195.